

Die Finanzkrise in ihrer Bedeutung für verschuldete Entwicklungs- und Schwellenländer

Die derzeitige globale Finanzkrise hat auch Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Die aktuelle Krise hat ihre Ursachen - anders als die Überschuldungskrisen von 1982 und 1998 – allerdings nicht in den Ländern des Südens, sondern sie kommt aus dem Norden. Die USA und andere Staaten mit hoch entwickelten Immobilien- und Kapitalmärkten sind der Ausgangspunkt und die (derzeit) Hauptbetroffenen der Krise.

Im Grundsatz ist die aktuelle Krise genau die Situation, gegen die viele Entwicklungs- und Schwellenländer (aber bei weitem nicht alle, genauer gesagt 42 der 113 Entwicklungsländer) in den vergangenen fünf Jahren hohen Wachstums große Währungsreserven angelegt haben. Sie haben sich damit einen kostspieligen Versicherungsschutz geschaffen, der nun aber nur begrenzt wirksam ist. Kostspielig war er, weil die Länder ihre Reserven hauptsächlich in US-amerikanischen und europäischen öffentlichen und privaten Papieren angelegt haben, die relativ geringe Renditen erbracht haben. Zudem hat diese Anlageform eine verstärkte Investition der eigenen Reserven in die heimische wirtschaftliche Entwicklung verhindert. Begrenzt wirksam ist dieser an sich robuste Versicherungsschutz nun dadurch, dass die Anlagen im Zuge der Krisen an Wert verlieren.

Auswirkungen auf die Devisenmärkte

Und schließlich hat die Finanzkrise auch Auswirkungen auf die Devisenmärkte. Der Euro und andere Währungen verloren die vergangenen Tage stark an Wert. Bei einigen Schwellenland-Devisen, wie etwa dem ungarischen Forint oder dem koreanischen Won, haben die Verluste bereits Dimensionen erreicht, die an die Asien-Krise 1997 erinnern. In Ungarn wird – ähnlich wie in Island – bereits von einem drohenden Staatsbankrott gesprochen. Wie ernst die Lage ist, zeigen auch die beständig steigenden Risikoaufschläge (Spreads) bei Schwellenländer-Anleihen.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Börsen der Länder. Die wichtigsten Börsenindizes von China, Indien und Brasilien haben seit Jahresbeginn fast die Hälfte an Wert eingebüßt und sind damit stärker betroffen als die Börsen der Industrienationen.

Folgen für die Ärmsten

Der Präsident der Weltbank hat erklärt, die Krise werde die Ärmsten am härtesten treffen. Dieser Aussage liegt – wie bei der Weltbank üblich – zunächst die vordringliche Betonung der eigenen Wichtigkeit, und mithin der eigenen Klientele, zugrunde. Von daher sollte diese Aussage nicht von dem grundlegenden Unterschied zwischen dieser und genuinen „Süd-Krisen“ ablenken. Trotzdem wird sich die Krise auf verschiedene Weise auch zu Lasten von Entwicklungs- und Schwellenländern auswirken. Und sie wird in verschiedenen Ländern oder sogar innerhalb einzelner Volkswirtschaften unterschiedliche Folgen bis hin zu Krisengewinnern haben. Zu den Transfer-Mechanismen der Krise zählen die folgenden:

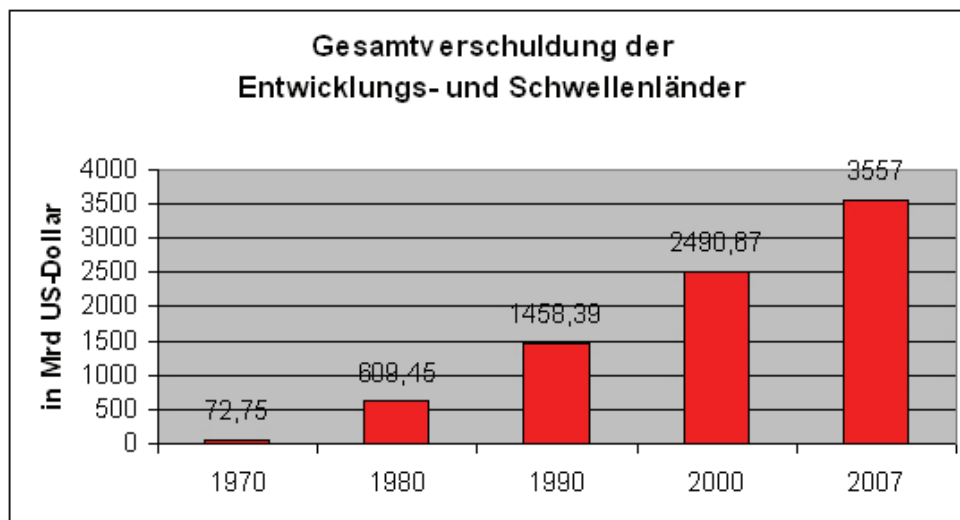
- a. Die sich in den reichen Ländern abzeichnende Rezession wird die Exportmärkte einer Reihe von Ländern stark treffen. Dies betrifft Exporteure von Fertigwaren; dramatischer aber noch Staaten, die in den letzten zwei Jahren in großem Umfang von den hohen Preisen für Energie, mineralische und agrarische Rohstoffe profitiert haben. Sambias Kupfer ist dafür ebenso ein Beispiel wie Argentinien's Soja.
- b. Die grundsätzliche Risikoscheu der Banken wird auch die Kredite an Länder verteuern, die gerade erst wieder oder gerade erst in größerem Ausmaß auf den Kapitalmärkten Fuß gefasst haben. Es ist nicht zu erwarten, dass Anleger

angesichts der Verluste auf den metropolitanen Kapitalmärkten in einem nennenswerten Ausmaß auf „südliche“ Geldanlagen ausweichen. Das Institute of International Finance in Washington schätzt, dass im kommenden Jahr nur noch 560 Milliarden Dollar neues Kapital in Schwellenländer fließen werden, nach 900 Milliarden im vergangenen Jahr. Damit fehlt Geld für dringend benötigte Investitionen in produktive Bereiche, in Infrastrukturprojekte, Bildung oder Sozialsysteme.

- c. Öffentliche Zuflüsse, von denen die ärmsten Länder abhängig sind, werden sich nicht unmittelbar, aber tendenziell vom Haushaltsjahr 2009 an verknappen, da die wirtschaftliche Verlangsamung bis hin zur Rezession auch die Steuereinnahmen reduziert. Selbst wenn es gelingt, durch entwicklungspolitische Lobbyarbeit einen Einbruch der ODA-Quoten (also der Entwicklungshilfe im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eines Geberlandes) zu verhindern, werden die real (also inflationsbereinigt) transferierten absoluten Beträge sich tendenziell reduzieren.

Die Preisreduzierungen unter (3a) werden in den armen Ländern auch Gewinner hervorbringen, nämlich unter den Staaten, die andernfalls gerade durch die erhöhten Energie- und Nahrungsmittelpreise in Schwierigkeiten gekommen wären. In den meisten Fällen wird man aber nicht von Gewinnen, sondern von einer Abfederung der in den letzten Monaten eingetretenen oder prognostizierten Verluste reden müssen.

Situation der verschuldeten Länder



Für verschuldete oder von Verschuldung bedrohte Länder wird sich die Situation weiter verschärfen. Einige Länder sind unter der HIPC/MDRI-Initiative aus verschiedenen Gründen nicht so weit entlastet worden, wie sie es hätten sein müssen. Andere sind aufgrund leichtfertiger Kreditaufnahme oder durch besondere Anstrengungen zur Entwicklungsfinanzierung im Vertrauen auf gute Konjunkturen in starkem Maße wieder als Kreditnehmer aufgetreten; und für manche Länder gilt beides. Der letzte Zwischenbericht zur Umsetzung der HIPC-Initiative sieht für 10 der 33 Post-decision-Point Länder ein mittleres ("moderate") und für vier Länder ein hohes Risiko (Ruanda, Burkina Faso, Sao Tomé and Príncipe, Gambia) neuer Überschuldung aus den genannten Gründen. Daraus resultieren mancherorts neue Überschuldungssituationen, die bislang nicht sichtbar wurden, da die Nenner der wichtigsten Indikatoren – also Bruttosozialprodukt und Exporteinnahmen – außergewöhnlich und anhaltend gewachsen sind. Bricht dieses Wachstum ein, nähern sich auch die Indikatoren (Schuldenstand zu Brutto-Inlands-Produkt bzw. Exporten und Schuldendienst zu Exporteinnahmen)

wieder den Werten, die Zahlungsschwierigkeiten in den achtziger und neunziger Jahren indiziert haben.

Auf diesem Hintergrund kann erlassjahr.de nicht deutlich genug machen, dass die HIPC/MDRI-Initiativen keine strukturellen Lösungen, sondern weitgehend buchtechnische Bereinigungen mit begrenzten realen Entlastungseffekten (gewesen) sind.

Neue Kreditaufnahmen in den Entwicklungsländern

Die Aussagen der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und der deutschen Entwicklungsministerin, das Debt Sustainability Framework (DSF) und eventuelle weitere „Codes of Conduct“ werde neuen Überschuldungen begegnen, war noch selten so sichtbar unzutreffend wie heute. Die DR Kongo bereitet eine Kreditaufnahme in China im Umfang von 9 Mrd. US-\$ vor, um Infrastrukturprojekte zu finanzieren, welche traditionelle Geber nicht mehr finanzieren können oder wollen. Die Antwort im Rahmen des DSF besteht darin, "zur Strafe" IDA (International Development Association)-Auszahlungen in zweistelliger Millionenhöhe auszusetzen. Absurderweise beteiligt sich auch die Bundesregierung mit einer vorläufigen Einstellung ihrer bereits zugesagten 50 Mio € für die DR Kongo an diesem Manöver. So wird nicht nur kein "Abschreckungseffekt" gegen die exorbitante Kreditaufnahme in China erzielt. Es erhöht sich sogar noch der Druck, den teuren chinesischen Kredit - mangels Alternativen – tatsächlich zu nehmen.

Die DR Kongo ist auch kein Einzelfall. Ähnlich hilflose Reaktionen zeigen Weltbank und traditionelle Geber auch gegenüber Djibouti (400 Mio US-\$ nicht-konzessionäre Kredite aus arabischen Ländern) und in Ghana. Dort wird zur "Strafe" für die erfolgreiche Platzierung von zwei Staatsanleihen im Umfang von 750 Mio US-\$ und 350 Mio US-\$ die Laufzeit der IDA-Kredite von 40 Jahren auf 25 Jahre verkürzt.

Die traditionellen Geber wären gut beraten, die Reaktionen der (Ex-)HIPCs zu akzeptieren und vielmehr dafür zu sorgen, dass jeder Gläubiger, der solche zu Recht kritisierten Kredite vergibt, glaubwürdig mit dem Verlust seiner Ansprüche bedroht wird, wenn z.B. in der Folge der aktuellen Krise an den Finanz-, Energie- und Rohstoffmärkten der Schuldner erneut zahlungsunfähig wird.

Notwendigkeit eines Fairen und Transparenten Schiedsverfahrens

Das setzt die Schaffung eines neuen Verhandlungsmechanismus für überschuldete Länder voraus, der in der Lage ist, alle Forderungen einzubeziehen und Entscheidungen von einer neutralen Instanz (statt von den Gläubigern) treffen zu lassen. Das von erlassjahr.de vorgeschlagene Faire und Transparente Schiedsverfahren (FTAP), das auch im Entwurf zur Abschlusskonferenz von Doha vorgeschlagen wird, leistet genau das. Eine deutliche Unterstützung für diesen Vorschlag in Doha wäre der wichtigste Beitrag, den die deutsche Entwicklungspolitik für eine Abfederung der Krisenfolgen auf die Ärmsten leisten könnte.

erlassjahr.de, 24.10.2008

Autor: Jürgen Kaiser, Mitarbeit: Björn Lampe